



### Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen,

vor Ihnen liegt der neue „Monika Griefahn MdB Newsletter“.

Ich wünsche wiederum eine spannende Lektüre!

Ihre

### In dieser Ausgabe

- > Aktuelle Termine S. 10
- > Politik im Internet: Aktuelle Link-Tipps S. 10

### In dieser Ausgabe

- > Monika Griefahn informierte sich im Heide-Park über das Holiday Camp S. 1
- > Hartz IV: Monika Griefahn beim Landkreis SFA S. 2
- > Abgeordnete sprachen mit Parlamentarischer Staatssekretärin Angelika Mertens wegen des 3. Gleises Stelle - Lüneburg / Lärmsanierung an Schienenwegen im Landkreis Harburg macht weitere Fortschritte S. 3
- > Hohe Gewerbesteuererinnahmen halbieren bundesweit das Finanzdefizit der Kommunen 2004 S. 4
- > Keine Mehrwertsteuer auf Sportvereinsbeiträge S. 5
- > Verkehrsbelastungen der Bundes- und Landesstraßen nach Mauteinführung werden überprüft S. 6
- > Monika Griefahn und Olga Kitowa im Gespräch mit Stipendiaten der Otto-Benecke-Stiftung S. 6
- > Lars Klingbeil MdB eröffnete Büro in Soltau / Monika Griefahn besuchte Felix-Nussbaum-Schule in Walsrode S. 8
- > Koalition in Kiel ohne Kultur? / Kultur und Bildung müssen in einer EU-Dienstleistungsrichtlinie geschützt werden / Papstwahl ratz-fatz – Der neue Papst ist der alte Papst S. 9

## Monika Griefahn informierte sich im Heide-Park über das Holiday Camp



*Geschäftsführer Hannes W. Mairinger führte Monika Griefahn durch das neue Feriendorf „Holiday Camp“*

Über den Baufortschritt des Feriendorfes Holiday Camp im Heide-Park Soltau und die weiteren Pläne für den Erlebnispark informierte sich die Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn bei Hannes W. Mairinger, dem Geschäftsführer der Anlage. Mit Hochdruck wird an

der Fertigstellung des Feriendorfes gearbeitet, das am 29. April eingeweiht werden soll. „Wenn ich die fröhlich-bunten Häuser sehe, kann ich mir gut vorstellen, dass man sich hier wohlfühlen kann.“ Beeindruckt war Monika Griefahn auch von dem Freizeitangebot, das mit dem Holiday Camp verbunden ist. „Egal ob Familien mit Kindern, Gruppen oder Gäste jeden Alters – hier wird viel mehr gebo-

ten als nur eine kostengünstige Übernachtungsmöglichkeit.“ Hannes W. Mairinger informierte die Bundestagsabgeordnete auch über den Besitzerwechsel beim Heidepark von der Tusauds-Gruppe zu Dubai International Capital. Mit diesem finanzstarken neuen Eigentümer sei eine weitere positive Entwicklung garantiert. „Wir sind schon gut aufgestellt“, erklärte Mairinger, „und es wird weiter investiert werden.“ Der Event- und Konzertbereich im Heide-Park mit seinen vielen Veranstaltungen gewinnt an Gewicht und nimmt einen stärkeren Anteil am Gesamtgeschäft ein. Auch immer mehr Unternehmen buchen den Heide-Park für Firmenveranstaltungen oder um dort einem geladenen Publikum im interessanten Ambiente z.B. neue Projekte oder Produkte vorzustellen.

Die Bundestagsabgeordnete besucht selbst hin und wieder mit ihren Kindern den Heide-Park. Deswegen war für sie von besonderem Interesse, wie hoch die Sicherheitsstandards im Heide-Park sind und dass auch durch das Personal bei allen Fahrgeschäften genauestens auf die Einhaltung der Sicherheitsbestimmungen geachtet wird. „Wenn von Mitarbeiterseite dagegen verstoßen wird, ist dies ein Grund zur fristlosen Kündigung“, informierte der Geschäftsführer. Der Heide-Park beschäftigt je nach Saison zwischen 150 und 900 Menschen. „Damit ist der Erlebnispark ein bedeutender Arbeitgeber in der Region“, erklärte Monika Griefahn und freute sich, dass zum ersten Mal auch eine Lehrstelle angeboten wurde. Hannes W. Mairinger versicherte ihr, dass diese Praxis weitergeführt werden soll.

## Hartz IV: Monika Griefahn beim Landkreis Soltau-Fallingbostal



*Von links nach rechts:  
Landrat Hermann Söder,  
VHS-Leiter Thomas Otte,  
MdB Monika Griefahn,  
Ralf Trosin, Fachbereichs-  
leiter Soziales beim Land-  
kreis.*

Wie läuft es mit der Umsetzung von Hartz IV nach den ersten drei Monaten beim Landkreis Soltau-Fallingbostal? Dieser Frage ging die SPD-Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn in einem Gespräch bei der Kreisverwaltung nach. Landrat Hermann Söder, Ralf Trosin und Thomas Otte von der Volkshochschule Heidekreis informierten die Abgeordnete. „Für mich ist es sehr interessant zu sehen, wie gut es bei einem Landkreis funktioniert, der die Option wahrnimmt“, erklärte Monika Griefahn.

„Zuerst war ich ja etwas skeptisch, als die Entscheidung für die Wahrnehmung der Option in SFA gefallen war“, bekannte sie. „Aber jetzt sehe ich die Vorteile, auch durch den direkten Vergleich mit dem Landkreis Harburg in meinem Wahlkreis, der mit der Agentur für Arbeit eine Arbeitsgemeinschaft bildet. In SFA sind die Wege kürzer und das entsprechend ausgebildete Personal für die Wahrnehmung der Aufgaben kann frei eingestellt werden – im Gegensatz zur Agentur

für Arbeit in Lüneburg, die ihr zusätzliches Personal aus dem Beschäftigtenpool ehemaliger Post- und Bahnbediensteter auswählen und erst einmal schulen muss. Hier geht wertvolle Zeit als Vorlauf verloren, die besser bei der Betreuung der Hartz IV-Klienten aufgehoben wäre.“

Auch das Engagement von Ralf Trosin und seinem Fachbereichsteam beeindruckte die Bundestagsabgeordnete. „Wenn ich hier höre, nur mit einem besonderen Einsatz konnten bei Übernahme der Option alle Leistungsempfänger versorgt werden, kann ich das bei der umfangreichen Aufgabe gut nachvollziehen. Diesem Engagement ist es zu verdanken, dass bei dem Betreten dieses Neulandes für die Kreisverwaltung alles bisher so gut gelaufen ist.“

Der Landkreis ist mit der Volkshochschule Heidekreis eine Kooperation eingegangen, wie Ralf Trosin erläuterte. „Es ist ein sehr gutes Miteinander zwischen Landkreis und Volkshochschule“, betonte er gemeinsam mit Thomas Otte von der VHS. „Miteinander haben wir eine Struktur, wie sie andere mit einer Beschäftigungsgesellschaft haben.“ Bei leichten und kleinen Vermittlungshemmnissen übernimmt der Landkreis die Betreu-

ungs- und Vermittlungsaufgabe, wenn mehr Betreuung und Qualifizierung notwendig sind, hilft die VHS weiter. Thomas Otte ergänzte, die VHS sei schon lange „im Geschäft“ mit sozialpädagogischer Betreuung und konnte jetzt gut darauf aufbauen. Auch andere Bildungsträger werden von der VHS in die Bewältigung dieser Aufgabe mit einbezogen. Zehn qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden für die Aufgabe eingestellt. Fünf sind in Walsrode bei „ProJob“ tätig und fünf in Soltau.

Auch beim Landkreis hat Ralf Trosin erst einmal mit einer kleinen Startmannschaft von 12 Personen begonnen. Zwei sind für die Kontakte zu Arbeitgebern zuständig, machen aber nicht nur Akquise von Arbeits- und Praktikumsplätzen, sondern haben auch ein offenes Ohr für die Sorgen der Arbeitgeber; die anderen 10 Eingestellten stehen vor Ort in den Kommunen für Betreuung und Vermittlung zur Verfügung. Insgesamt 30 Arbeitsvermittler werden später insgesamt bei der Zahl der Bedarfsgemeinschaften benötigt; das Team soll mit der zunehmenden Aufgabenwahrnehmung wachsen. Am 31. Januar 2005 wurden im Landkreis 5.290 Bedarfsgemeinschaften gezählt. Davon waren bereits 2.350 im bisherigen Leistungsbezug nach BSHG, die anderen sind „Neukunden“.

Wie denn die Aussicht auf Erfolg bei der Arbeit zu bewerten sei, wollte Monika Griefahn gerne von Ralf Trosin und Thomas Otte erfahren. Ist die Vermittlung in Arbeit überhaupt möglich, unabhängig gesehen vom Angebot an Arbeitsstellen? „Oder ist das alles nur Be-

schäftigungstherapie?“

Dem widersprachen die beiden Gefragten, die davon ausgehen, dass rund 50 % der Menschen in Bedarfsgemeinschaften zur Arbeit zu motivieren und zu vermitteln sind. „Jugendliche ab 15 Jahren sollen nicht von der Schulbank zur Werkbank gezwungen werden und auch bei Personen, die Kinder unter drei Jahren betreuen, sehen wir keine Priorität.“ Man hofft, dass aus Betriebspraktika auch Arbeitsverhältnisse werden können. „Eventuell bei den entsprechenden Voraussetzungen auch mit einem Lohnkostenzuschuss.“

Ralf Trosin erklärte abschließend: „Wir haben in aller Kürze für die Bewerbung für die Option ein Konzept erstellt; jetzt sind wir dabei, das Konzept umzusetzen. Hier und da gebietet die Praxis eine Änderung. Auch das gehört dazu.“ Monika Griefahn versprach im Herbst wiederzukommen, um dann die weitere Entwicklung kennen zu lernen. „Wo müsste noch nachgebessert werden, wo sollten wir noch für mehr Klarheit sorgen?“, wollte Monika Griefahn gerne für ihre weitere Arbeit in Berlin wissen. Es wurden ihr Fragen und Anregungen für die Bereiche Rehabilitation und Berufsberatung mit auf den Weg gegeben. Auch die von der Oberfinanzdirektion Hannover angekündigte Umsatzsteuerpflicht für einige Aufgabenwahrnehmungen bei der Bewältigung der Hartz IV-Umsetzung hatte für Unruhe gesorgt. Hier jedoch hatte die Bundestagsabgeordnete bereits beim Bundesfinanzministerium nachgehakt und dort erfahren, dass die Volkshochschulen nicht unter diese Regelung fallen.

## Abgeordnete sprachen mit Parlamentarischer Staatssekretärin Angelika Mertens wegen des 3. Gleises Stelle - Lüneburg



*Das Foto zeigt (v.l.n.r.): Michael Grosse-Brömer MdB, die Parlamentarische Staatssekretärin Angelika Mertens und Monika Griefahn MdB.*

Die örtlichen Bundestagsabgeordneten Monika Griefahn (SPD) und Michael Grosse-Brömer (CDU) haben heute mit Kollegen aus den angrenzenden Wahlkreisen ein persönliches Gespräch mit der Parlamentarischen Staatssekretärin Angelika Mertens im Bundesministerium für

Verkehr, Bau- und Wohnungswesen über die Zukunft des Dritten Gleises geführt.

Ziel des Gespräches war es, den Verfahrensstand und das weitere Vorgehen zu besprechen. Das 3. Gleis ist bekanntermaßen im Vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans. Die Parlamentarische Staatssekretärin Angelika Mertens konnte zum Bedauern der Abgeordneten die Finanzierung des Verkehrsprojektes nicht zusagen. Auch ist das Planfeststellungs-

verfahren noch nicht abgeschlossen. Im Juli 2004 hatte das Bundesverkehrsministerium die „Mittelfristplanung 2004 - 2008 für die Vorhaben des Bedarfsplans für die Bundesschienenwege“ vorgelegt, in der das 3. Gleis nicht enthalten war. Diese Liste setzte die Priorität auf die Umsetzung bereits laufender Maßnahmen. Aufgrund der Mautausfälle war es zu Problemen bei der Finanzierung verschiedener Verkehrsprojekte gekommen. Beide Abgeordnete setzen sich seitdem parteiübergreifend für den Bau des 3. Gleises ein. Die Bundestagsabgeordneten aus der Region brachten einvernehmlich zum Ausdruck, dass es bei den derzeit finanzierten Verkehrsprojekten ein deutliches Gefälle zugunsten des Südens und Ostens der Republik gebe und dass aus ihrer Sicht der Norden stärker berücksichtigt werden müsse. Monika Griefahn MdB und Michael Grosse-

Brömer MdB vertraten im Gespräch die Auffassung, dass es sich beim 3. Gleis nicht um eine Neubaumaßnahme, sondern um eine Ausbaumaßnahme handelt. Die Deutsche Bahn AG habe stets die Wichtigkeit des 3. Gleises betont. Zum einen sei der Streckenabschnitt schon jetzt überlastet, zum anderen sei die Strecke für die Hinterlandanbindung der Häfen wichtig. Beide Abgeordnete regten an, man solle auch über eine private Finanzierung der Maßnahme nachdenken. Übereinstimmende Stellungnahme der beiden Abgeordneten: „Wir geben uns mit dem derzeitigen Stand nicht zufrieden. Das 3. Gleis fordert wegen seiner großen Bedeutung für unsere Region unseren permanenten Einsatz.“ Da der Kanzler neue Finanzierungen für Verkehrsinfrastrukturprojekte zugesagt hat, gibt es noch Hoffnung, so die Abgeordneten.

## Lärmsanierung an Schienenwegen im Landkreis Harburg macht weitere Fortschritte

Die Lärmsanierung an Schienenwegen im Landkreis Harburg macht weitere Fortschritte. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) hat in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bahn AG jetzt ein Gesamtkonzept zur Lärmsanierung an bestehenden Schienenwegen der Eisenbahnen des Bundes erarbeitet. Auch für den Landkreis Harburg wirkt sich das Gesamtkonzept zur Lärmsanierung des BMVBW sehr positiv aus: In das Gesamtkonzept wurden jetzt gegenüber

der vorherigen Dringlichkeitsliste zwei Abschnitte in Stelle und Jesteburg neu aufgenommen und in Buchholz zwei längere Streckenabschnitte als bisher berücksichtigt. Das Gesamtkonzept löst die bisherige Liste der vordringlich zu sanierenden Härtefälle ab, weil nun eine bundesweite Erfassung des Gesamtbestandes der Lärmsituation auf wissenschaftlicher Basis vorliegt. Mit dem Lärmsanierungsprogramm an bestehenden Schienenwegen hat die Bundesregierung eine Zusage der Koalitionsvereinbarung

umgesetzt, mit der konkrete Verbesserungen für Anwohner von Schienenstrecken erzielt werden: Mit Hilfe der seit 1999 jährlich im Haushalt des BMVBW eingestellten rund 51 Millionen Euro hat die Deutsche Bahn AG bereits jetzt bei rund 21.000 Wohnungen passive Schallschutzmaßnahmen wie z.B. den Einbau von Schallschutzfenstern realisiert. Eine maßgebliche Lärmreduzierung konnte weiterhin bei einer vergleichbaren Anzahl an Wohnungen durch den Bau von insgesamt rund 80 km Schallschutzwän-

den im Rahmen des Programms erreicht werden. Monika Griefahn: „Mittels langfristig wird sich die Lärmsituation an den Schienenwegen im Landkreis Harburg deutlich verbessern. Buchholz, Jesteburg und das westliche Stelle werden von Lärmsanierungsmaßnahmen profitieren. In Jesteburg wurde bereits eine Lärmschutzwand errichtet. Allerdings ist mancherorts Geduld gefragt. Leider ist der Nachholbedarf in Sachen Lärmsanierung bundesweit so groß, dass nicht von heute auf morgen mit Abhilfe zu rech-

nen ist. Bis 1999 gab es quasi gar keine Lärmsanierung an Schienenstrecken. Insofern ist es angesichts der Haushaltsprobleme des Bundes eine an-

erkennenswerte Leistung, dass der Bund seit 1999 jährlich rund 51 Millionen Euro zur Verfügung gestellt hat. Die jetzt vorliegende Gesamtliste abzu-

arbeiten, wird aber viele Jahre dauern. Die Deutsche Bahn AG setzt die Lärmsanierungsmaßnahmen im Rahmen der Haushaltsmittel um. Prio-

rität gibt die Bahn dabei Strecken mit einer großen Anzahl betroffener Anwohner und hoher Lärmemission.“

Folgende Streckenabschnitte aus dem Landkreis Harburg sind in der Gesamtkonzeption der Lärmsanierung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (Stand: 12. Februar 2005) jetzt enthalten:

Ortsdurchfahrt	Strecke Nr.	Streckenabschnitt	von km	bis km	Länge km	Status
Buchholz	1280	Buchholz – HH-Allermöhe	0,0	2,6	2,6	In Planung
Buchholz	2200	Bremen - Hamburg	317,5	326,1	8,6	In Planung
Jesteburg	1280	Maschen - Buchholz	4,7	6,6	1,9	Baudurchführung
Jesteburg West	1280	Maschen - Buchholz	2,8	4,4	1,6	In Planung
Stelle	1280	Buchholz – HH-Allermöhe	19,5	20,0	0,5	In Planung
Stelle	1720	Hamburg – Lehrte (= Hauptstrecke Hamburg – Lüneburg)	157,8	161,0	3,2	In Planung

Anmerkung: Nicht in der Liste der Lärmsanierung enthalten sind Streckenabschnitte, bei denen im Zuge der Verwirklichung von Maßnahmen des Bundesverkehrswegeplans weitergehende Lärmvorsorgemaßnahmen ergriffen werden. Dieses betrifft konkret den Streckenabschnitt des 3. Gleises zwischen Stelle und Lüneburg (östliches Stelle, Ashausen und Winsen).

## Hohe Gewerbesteuereinnahmen halbieren bundesweit das Finanzdefizit der Kommunen 2004

### Gewerbesteuerentwicklung regional sehr unterschiedlich

Nach den Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes haben die Kommunen in 2004 mehr Geld eingenommen. Dazu erklärt die SPD-Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn: „Im September 2004 habe ich darauf hingewiesen, dass die SPD-geführte Bundesregierung große Anstrengungen unternommen hat, um die Kommunen zu entlasten und ihre Einnahmesituation zu verbessern, während die CDU-Landesregierung schamlos in die kommunalen Kassen eingreift. Ich habe dargelegt, dass die Gewerbesteuereinnahmen der Gemeinden zwar nicht in jeder einzelnen Gemeinde, aber im Durchschnitt aller Gemeinden im Landkreis Harburg erfreulicherweise stark zugelegt haben, weil die Bundesregierung

die Gewerbesteuer zu Gunsten der Kommunen reformiert hat. Dies führte im Lkr. Harburg zum Teil zu wütenden Protesten einiger CDU-Kommunalpolitiker. Es konnte und durfte nicht wahr sein, dass eine SPD-geführte Bundesregierung die Kommunen finanziell deutlich entlastet. Die Zahlen sprechen indes eine glasklare Sprache und belegen eine Entlastung der Kommunen durch den Bund. Im Landkreis Soltau-Fallingb. entwickelte sich allerdings in einigen Gemeinden das Gewerbesteueraufkommen entgegen dem allgemeinen Trend rückläufig. Hier bleibt die längerfristige Entwicklung abzuwarten. Nach Auswertung des 4. Quartals 2004 zeigt die von der rot-grünen Bundesregierung 2004 eingeleitete

Gemeindefinanzreform ihre Wirkung: Kommunale Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände erhöhten sich im Jahre 2004 um 9,4 Prozent oder 4,418 Milliarden Euro auf 51,175 Milliarden Euro (2003: 46,757 Milliarden Euro). Ausschlaggebend für diese positive Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens waren die Senkung der an Bund und Ländern abzuführende Gewerbesteuerumlage (Plus 2,5 Milliarden Euro), eine deutlich bessere Konjunktorentwicklung und weitere Maßnahmen im Rahmen der Steuerrechtsänderung zu Gunsten der Gemeinden. Dies führte zu einem Anwachsen der Gewerbesteuereinnahmen auf 20,564 Milliarden Euro, das sind 35,7 Prozent oder 5,414 Milliarden Euro mehr als im Jahr 2003

(15,149 Milliarden Euro). Damit wurden die Ergebnisse der Rekordjahre 1999/2000 (Aufkommen: 19,4 Milliarden Euro) nochmals um 1,2 Milliarden Euro übertroffen. Alle Bundesländer weisen bei den Kommunen zweistellige Zuwächse auf. Zum Beispiel ergab dies in Nordrhein-Westfalen bei 27,4 Prozent Zuwachs ein Plus von 1,193 Milliarden Euro. Durch die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe im Rahmen von Hartz IV, werden die Gemeindehaushalte in diesem Jahr um weitere 2,5 Milliarden Euro zusätzlich entlastet. Die politisch gewollte Senkung der Einkommenssteuer zu Gunsten der Wirtschaft und der Bürger führte bei den Gemeinden erwartungsgemäß zu geringeren Einnahmen bei der Ein-

kommenssteuer (Minus 6,3 Prozent). Wegen der weiterhin schwachen Entwicklung des privaten Konsums stagnierten Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer. Unabhängig

davon halbierte sich das Finanzierungsdefizit der Gemeindehaushalte gegenüber dem Vorjahr von 8,540 Milliarden Euro auf 3,838 Milliarden Euro. Dabei ist weiteres Entwicklungspotenzial der

kommunalen Haushalte noch ungenutzt: Von den vom Bund bereitgestellten Mitteln über 1,3 Milliarden Euro zum Ausbau von Ganztagschulen in 2003 und 2004 sind bisher 950 Millionen Euro

noch nicht abgerufen worden. Investitionen in Ganztagschulen erleichtern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Darüber hinaus stärken sie das örtliche Handwerk.“

## Keine Mehrwertsteuer auf Sportvereinsbeiträge

„Das war wohl ein verfrühter April-Scherz!“ – Mit diesen Worten kommentiert jetzt die SPD-Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn entsprechende Äußerungen des CDU-Generalsekretärs und Landtagsabgeordneten Friedrich Otto Ripke (Lkr. Soltau-Fallingb. ost) sowie des CDU-Landtagsabgeordneten Norbert Böhlke (Lkr. Harburg), nach denen die Bundesregierung die Erhebung von Mehrwertsteuer auf Sportvereinsbeiträge prüfe. „Die Rechtslage ist kompliziert, das Ergebnis aber einfach: Auch in Zukunft werden gemeinnützige Sportvereine für die von ihnen erhobenen Mitgliedsbeiträge keine Mehrwertsteuer entrichten müssen, wenn sie ohne Gewinnstreben handeln.“

Mehrere Lokalzeitungen in den Landkreisen Soltau-Fallingb. ost und Harburg hatten über Äußerungen von örtlichen CDU-Landtagsabgeordneten berichtet, die Bundesregierung prüfe derzeit, ob auf Mitgliedsbeiträge von gemeinnützigen Vereinen künftig Mehrwertsteuer erhoben werden kann. Böhlke, zugleich Vorsitzender des TV Meckelfeld, unterstellte der Bundesregierung, es gebe Pläne, „Mitgliedsbeiträge von gemeinnützigen Vereinen mit Mehrwertsteuer zu belegen und damit zu besteuern“, und damit sei die Existenz von zahlreichen Sportvereinen gefährdet. Ripke sprach von „einen Schlag gegen das

Ehrenamt“. Monika Griefahn stellte jetzt klar: „Dieses ist in der Sache falsch und verkürzt den Sachverhalt unzulässig.“

Das Bundesfinanzministerium hat zum Thema „Vereinsbeiträge und Mehrwertsteuer“ unter Bezugnahme auf das so genannte „Golf-Urteil“ wie folgt Stellung genommen:

„Bei dem Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) ging es unter anderem um die Frage, unter welchen Voraussetzungen die Leistungen eines Sportvereins an seine Mitglieder umsatzsteuerbar sind und der Mitgliederbeitrag somit Entgelt für eine von einem Sportverein erbrachte sonstige Leistung ist. Der EuGH hat hierzu entschieden, dass die Jahresbeiträge der Mitglieder eines Sportvereins Gegenleistung für eine von dem Verein erbrachte Leistung darstellen können. Der EuGH hat in seiner Entscheidung weiter die Steuerbefreiung nach Artikel 13 Teil A Abs. 1 Buchst. m der 6. EG-Richtlinie bestätigt.

Die geltende Regelung in Deutschland, wonach echte Mitgliederbeiträge als Gegenleistung für nichtsteuerbare Leistungen eines (Sport-)Vereins angesehen werden, führt zum gleichen fiskalischen Ergebnis wie die Entscheidung des EuGH, nach der die Mitgliederbeiträge Entgelt für steuerbare, aber umsatzsteuerfreie Leistungen eines Sportvereins sind. Gleichwohl muss geprüft werden, ob aufgrund der

Entscheidung des EuGH das nationale Recht an die verbindlichen Vorgaben der 6. EG-Richtlinie zur Harmonisierung der Mehrwertsteuern angepasst werden muss. Diese Prüfung wird in Kürze abgeschlossen. Nach bisheriger Erkenntnis werden sich aber insbesondere bei der umsatzsteuerrechtlichen Behandlung der Leistungen eines Sportvereins an seine Mitglieder, die Sport ausüben, im wirtschaftlichen Ergebnis keine Änderungen ergeben.“

Monika Griefahn erklärte abschließend: „Die Bundesregierung setzt lediglich das europäische geltende Recht in nationales Recht um. Auch nach dem Golf-Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH C-174/00, Urteil vom 21.3.2002) wird es wegen entsprechender Ausnahmeregelungen keine Mehrwertsteuer für die Mitgliedsbeiträge gemeinnütziger Sportvereine geben. Gleichwohl kann es sein, dass das deutsche Steuerrecht angepasst werden muss, ohne dass sich daraus aber Änderungen für die Sportvereine ergeben würden. Mein Fazit lautet daher: Viel Lärm um nichts!“

### Zur weiteren Information:

Schon die nicht mehr ganz neue 6. EG-Richtlinie vom 17. Mai 1977 („Sechste Richtlinie des Rates zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Umsatzsteuern - Gemeinsames Mehrwertsteuer-

system“, Richtlinie Nr. 77/388/EWG, Eur-Lex 31977L0388) regelt, dass die EU-Mitgliedsstaaten bestimmte dem Gemeinwohl dienende Tätigkeiten von der Mehrwertsteuer befreien. Dazu zählen neben vielen anderen Ausnahmetatbeständen unter anderem nach Artikel 13 A. lit. l) bis n):

„l) die Dienstleistungen und eng damit verbundene Lieferungen von Gegenständen, die Einrichtungen ohne Gewinnstreben, welche politische, gewerkschaftliche, religiöse, patriotische, weltanschauliche, philanthropische oder staatsbürgerliche Ziele verfolgen, ihren Mitgliedern in deren gemeinsamen Interesse gegen einen satzungsgemäß festgelegten Beitrag erbringen, vorausgesetzt, daß diese Befreiung nicht zu Wettbewerbsverzerrungen führt;

m) bestimmte in engem Zusammenhang mit Sport und Körperertüchtigung stehende Dienstleistungen, die Einrichtungen ohne Gewinnstreben an Personen erbringen, die Sport oder Körperertüchtigung ausüben;

n) bestimmte kulturelle Dienstleistungen und eng damit verbundene Lieferungen von Gegenständen, die von Einrichtungen des öffentlichen Rechts oder anderen von dem betreffenden Mitgliedstaat anerkannten Einrichtungen erbracht werden“.

# Verkehrsbelastungen der Bundes- und Landesstraßen nach Mauteinführung werden überprüft

Vorlage der Ergebnisse im Herbst 2005

Aus dem Bereich Soltau-Fallingb. und auch aus dem Landkreis Harburg werden zunehmend Klagen an Monika Griefahn herangetragen, dass sich der Verkehr auf den Landes- und Bundesstraßen seit Einführung der Maut verstärkt habe, da offenbar zahlreiche Lastkraftwagen die Mautzahlungen umgehen wollen. „Demnach sollen im Lkr. Soltau-Fallingb. beispielsweise die L 163 bzw. B 209 jetzt stärker mit Lkw-Verkehr belastet sein, da es sich um eine Parallelstrecke zur A 7 handelt. Auch von Anliegern der B 214, z.B. aus Marklendorf, Buchholz und Norddrebber höre ich Klagen. Im Landkreis Harburg sollen vor allem die B 73 und 75 betroffen sein“, fasste die SPD-Bundestagsabgeordnete zusammen. Dies nahm Monika Griefahn zum Anlass, sich mit einem Schreiben an Bundesverkehrsminister Manfred Stolpe zu wenden. Sie wollte erfahren, welche

Maßnahmen geplant sind, falls sich durch die Mauteinführung größere Belastungen für das nachgeordnete Straßennetz ergeben. Schon bei der Verabschiedung des Autobahnmautgesetzes war sich der Deutsche Bundestag bewusst, dass es möglicherweise zu einem Ausweichverhalten von Lkw auf einigen Strecken kommt. Deshalb wurde bereits Anfang des Jahres 2003 festgelegt, mit Vorher-/Nachher-Vergleichen mögliche Verkehrsverlagerungen untersuchen zu lassen. Potentielle Ausweichrouten für schwere Lkw können nur umfassend mit Hilfe von Modellsimulationen durchgeführt werden, erfuhrt Monika Griefahn. Um eine belastbare Datengrundlage für mögliche Verkehrsverlagerungen zu erhalten, wurde vom Bundesverkehrsministerium eine entsprechende Studie in Auftrag gegeben. Hier sollen auf Basis von Modellrechnungen die Auswirkungen

gen der Lkw-Maut, insbesondere die Größenordnung von möglichen Verkehrsverlagerungen zu Lasten bestimmter Räume, Städte und Gemeinden untersucht werden. Parallel dazu werden mögliche Verlagerungseffekte auf Grundlage aktueller Verkehrsdaten untersucht. Hierzu werden die Daten aus automatischen Dauerzählstellen herangezogen. Die Verschiebung der Mauteinführung bis zum 1.1.2005 wurde genutzt, um die tatsächlichen Vorher-Belastungsdaten zu erheben. „Die Zusammenführung der Daten und ihre Auswertung werden noch einige Zeit dauern, da Verkehrsdaten nach Einführung der Maut erst nach einer Eingewöhnungsphase im ‚eingeschwungenen Zustand‘ aussagekräftig sind“, erläuterte Monika Griefahn. Mit der Vorlage aussagekräftiger Ergebnisse wird im Herbst 2005 gerechnet.

„Natürlich schwingt in allen Anfragen auch die Frage mit: welche Maßnahmen werden ergriffen, wenn die Mehrbelastung durch das Ausweichverhalten vom Lkw bewiesen ist? Mich erreichen in dem Zusammenhang viele Forderungen nach Einführung einer Lkw-Maut auch für das nachgeordnete Straßennetz“, erklärte die Bundestagsabgeordnete. Hier sei bereits bei der Verabschiedung des Autobahnmautgesetzes im §1 Abs. 4 die Ermächtigung zum Erlass einer entsprechenden Rechtsverordnung eingebaut worden. „Sollte es also auf bestimmten Strecken zu einer erheblichen Verlagerung von Güterverkehren kommen, kann unter bestimmten Bedingungen die Mautpflicht auf genau bezeichnete Abschnitte von Bundesstraßen ausgedehnt werden, wenn dies aus Sicherheitsgründen gerechtfertigt ist.“

## Monika Griefahn und Olga Kitowa im Gespräch mit Stipendiaten der Otto-Benecke-Stiftung

*Das Foto zeigt Olga Kitowa und Monika Griefahn MdB mit den Stipendiaten der Otto-Benecke-Stiftung.*

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Otto-Benecke-Stiftung trifft Politik“ fand jetzt in Hamburg ein Gespräch

mit der Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Kultur und Medien, Monika Griefahn MdB, und der russischen Journalistin Olga Kitowa statt. 20 Studenten und Studienbewerber nahmen an dem Gespräch teil. Die Otto-Benecke-Stiftung (OBS) ist als gemeinnützige und politisch neutrale Organisation im Auftrag der Bundesregierung tätig. Die Stiftung nimmt im Rahmen humanitärer Bildungshilfe Eingliederungsaufgaben für Aussiedler, Kontingentflücht-

linge und asylberechtigte Ausländer wahr, die in der Bundesrepublik Deutschland eine Hochschulausbildung aufnehmen oder fortsetzen wollen oder als Hochschulabsolventen ausbildungsadäquate Beschäftigungsmöglichkeiten anstreben. Vom Gespräch mit Monika Griefahn und Olga Kitowa berichtet die Betreuerstudentin Olga Stepanova-Wittern: „Erstes Hauptthema war ‚Die Lage der Medien in Russland und die Sicht deutscher Politiker auf dieses Problem‘. Olga Kitowa



zufolge durchlebt Russland gerade eine schwierige gesellschaftspolitische Krise, die sich unter anderem in der Einschränkung der demokratischen Freiheiten, vor allem der Pressefreiheit äußert. Olga Kitowa weiß, wovon sie spricht: Als eine der bekanntesten Journalistinnen Russlands arbeitet sie seit Mitte der 90er Jahre bei der Zeitung „Belgorodskaja Prawda“. Sie erhielt mehrere Preise für ihre investigativen Recherchen über Korruption, Amtsmissbrauch und Justizwillkür. Ab 1997 gehörte sie als parteilose Abgeordnete dem Regionalparlament von Belgorod an. Aufgrund ihrer kritischen Berichterstattung wurde sie bedroht, verhaftet, verprügelt und zu einer Gefängnisstrafe „wegen Verleumdung und Verletzung der Miliz“ verurteilt. Um Olga Kitowa verurteilen zu können, war ein Strafprozess gegen junge Studenten manipuliert worden. Während der Diskussion wandte sich die Journalistin an die OBS-Stipendiaten, den jungen, fälschlich angeklagten Menschen, die ihre achtjährige Strafe im Gefängnis im Belgoroder Gebiet abbüßen, mit Briefen moralische Unterstützung zu geben und Mut zu machen. Im Dezember 2001 wurde Olga Kitowa vom Belgoroder Gericht zu zweieinhalb Jahren Freiheitsentzug auf Bewährung und einer hohen Geldstrafe verurteilt und mit der Aberkennung des Wahlrechts bestraft. Im Juli 2004 wurde das Urteil des Belgoroder regionalen Gerichts vom Vorsitzenden des Obersten Gerichts widerrufen. Olga Kitowa wurde gänzlich freigesprochen. Sie war gezwungen aus Belgorod nach Moskau zu fliehen. Dort begann sie bei der Zeitung „Russkij kur'er“ („Russischer Kurier“) zu

arbeiten. Nach einer ARD-Reportage von Udo Lischkis „Russische Treibjagd – Ende einer Reporterin“ wurden Menschenrechtsorganisationen auf den Fall aufmerksam. 2003 wurde Olga Kitowa mit dem internationalen Preis der Pressefreiheit des DJV ausgezeichnet. Sie konnte ihn jedoch nicht entgegennehmen, da die russischen Behörden sie nicht ausreisen ließen. Erst nach ihrem Freispruch im Juli 2004 erhielt sie ihren Reisepass und konnte aus Russland ausreisen. Seit Oktober 2004 ist sie Gast der Hamburger Stiftung für politisch Verfolgte. Die Studenten stellten Fragen zu den Themen Pressefreiheit, Vielfalt der Medien, politisches Engagement und demokratische Entwicklung in der Gesellschaft. Olga Kitowa wies darauf hin, dass es nur noch wenige Zeitungen in Moskau wie z.B. Nowaja, Russischer Kurier, Kommersant, Moskovskie nowosti gebe, die offen und kritisch berichten. Monika Griefahn erwähnte, dass sie bereits während eines Russlandaufenthalts vor 15 Jahren die Erfahrung gemacht habe, dass Kommunikation per Internet in Russland einfacher sei als über andere Medien. Inzwischen habe auch die Deutsche Welle eine neue Internetausgabe gelauncht. Die beiden Frauen waren sich einig, dass das Internet eine wichtige Informationsquelle in Russland sei, auch wenn viele russische Bürger noch keinen Zugang zum Internet haben. Zu weiteren Fragen über technische Details bezüglich der Sendezeiten und dem Empfang der Deutschen Welle in der Ukraine und in Kasachstan erläuterte Monika Griefahn, dass sich die Sendezeiten der Deutschen Welle verändert hätten und er-

wähnte Satelliten-Systeme, die für einen zuverlässigen Empfang westlicher Sender sorgen sollen. Zur Frage nach den Beziehungen zwischen Russland und Deutschland erklärte Monika Griefahn, dass es erforderlich sei, Beziehungen zwischen den Menschen (Gemeinden, Nichtregierungsorganisationen, Vereinen, etc.) zu fördern. Das sei auch das Ziel zu Vereinbarungen über den deutsch-russischen Jugendaustausch. Die Jugendlichen beider Länder sollen Gelegenheit haben, einander besser kennen zu lernen und Traditionen und Sitten des jeweils anderen zu erkunden. „Ziel ist es, Vorurteile und Feindbilder abzubauen und Kontakte auf nicht formaler Ebene zu knüpfen“, so Monika Griefahn, die sich in der Vergangenheit stark für die Entwicklung des deutsch-französischen Jugendaustauschs engagierte. Da die meisten Stipendiaten sich im Studium befinden oder ein Hochschulstudium planen, war die Diskussion um die Einführung von Studiengebühren ein Hauptthema. Monika Griefahn betonte, dass die Einführung von Studiengebühren für das erste Studium von der Bundesregierung abgelehnt werde. Ein Verbot sei aber an einigen Bundesländern gescheitert. Die Befürchtung, dass Studiengebühren Einschränkungen von Bildungsmöglichkeiten junger Menschen aus einfachen Verhältnissen nach sich ziehen, bewegte die Mehrzahl der anwesenden Studenten. Die Bundestagsabgeordnete nimmt die Sorgen sehr ernst, weil sie alles, was sie in ihrem Leben erreicht hat, einschließlich ihre erfolgreiche Karriere als Umweltministerin in Niedersachsen und Mit-

glied des Bundestages, den Möglichkeiten verdankte, die ihr vor langer Zeit vom Staat gegeben wurden. Als älteste von vier Schwestern in einfachen Verhältnissen lernte sie schnell sich durchzusetzen und Verantwortung zu übernehmen. Obwohl ihre Eltern ihren Bildungsambitionen nicht nachgingen, kam das Mädchen auf Wunsch ihres Großvaters aufs Gymnasium. Dort entwickelte sie Führungsqualitäten und konzentrierte sich auf Themen und Inhalte, die sie voranbrachten. 1984 kam die Diplom-Soziologin als erste Frau in den internationalen Greenpeace-Vorstand. 1990 holte Gerhard Schröder sie als Umweltministerin nach Niedersachsen. 1998 wurde sie Mitglied des Bundestages, seit 2000 ist sie Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien. „Ich bin stolz darauf, dass man in Deutschland im Unterschied zu den USA kein Geld bezahlen muss, um in ein politisches Amt gewählt zu werden. Ich musste mir alles hart erarbeiten und erkämpfen, aber ich habe es geschafft, weil man hierzulande solche Chancen hat. Zurzeit hängt viel von den politischen Entscheidungen der Länder und von der politischen Aktivität der Bevölkerung ab.“ Die indirekte Botschaft der Politikerin an die Stipendiaten der OBS war eindeutig: „Arbeitet hart und ihr könnt viel erreichen.“ Allen, die weitere Fragen hatten, hat die Politikerin empfohlen, mit ihr persönlich per E-Mail in Kontakt zu treten und gab ihre E-Mail-Adresse bekannt. Die Resonanz auf die Diskussion war sehr positiv. In einer entspannten Atmosphäre konnten viele heikle Inhaltspunkte berücksichtigt werden.“

## Lars Klingbeil MdB eröffnete Büro in Soltau

Inzwischen hat das Abgeordnetenbüro von Lars Klingbeil in Soltau, Hagen 10, seine Arbeit aufgenommen. An der Eröffnung am 9. April nahm auch Monika Griefahn teil, die direkt von einer internationalen Parlamentarier-Tagung aus Manila kommend nach Soltau eilte. Damit hatte sie eindeutig die längste Anreise!

Sie freute sich über die politische Unterstützung in ihrem Wahlkreis und wünschte Lars Klingbeil viel Erfolg bei seiner Arbeit. Das Gästebuch, das Monika Griefahn als Geschenk überreichte, konnte gleich von den zahlreich erschienenen Gästen aus Politik und Gesellschaft eingeweiht werden.



*Schon im letzten Bundestagswahlkampf haben Lars Klingbeil und Monika Griefahn gemeinsam an einem Strang gezogen.*

## Monika Griefahn besuchte Felix-Nussbaum-Schule in Walsrode

### STEP 21-Box übergeben

Hauptgrund für den Besuch der Bundestagsabgeordneten Monika Griefahn in der Felix-Nussbaum-Schule in Walsrode war eigentlich die Übergabe einer STEP 21-Box an die Schule. Aber natürlich stand auch das Thema Ganztagschule ganz vorne an, für das die Abgeordnete immer wieder engagiert wirbt. Werben musste sie an der Felix-Nußbaum-Schule allerdings nicht mehr für die Ganztagschule, denn schließlich hatte diese Schule bereits einen Ganztagsschulbetrieb praktiziert, bevor von Bund und Land für diese Schulform geworben wurde. „Ich wollte die STEP 21-Box mit Arbeitshilfen, Medien und Software zum Thema „Zukunft : Identität“, dabei handelt es sich um Unterrichtsbausteine und außerschulische Bausteine zu den Themen ‚Arbeit – Lebenswelten – Freizeit‘, für eine Hauptschule spenden, an der besonders engagiert gearbeitet wird“, erklärte Monika Griefahn. STEP 21 ist eine

gemeinnützige Jugendinitiative, die sich seit gut fünf Jahren für mehr Toleranz und Verantwortung unter Jugendlichen engagiert. Durch Spenden war es möglich, bisher schon zahlreiche Projekte zu verwirklichen. Auch die Entwicklung der innovativen Medienbox „Zukunft : Identität“ gehört dazu. Mit neuen Lehrmethoden soll daran mitgewirkt werden, die Persönlichkeit und das Selbstwertgefühl der Schülerinnen und Schüler zu stärken. Monika Griefahn informierte sich bei Rüdiger Strack, Frauke Woker, Iris Wagner und Jörg Müller über den Ganztagsschulbetrieb an der Felix-Nussbaum-Schule. Ihre Gesprächspartner bilden das Schulleitungsteam, wie Rüdiger Strack erläuterte. „Schule wird immer komplexer, sowohl von der Politik wie von der Gesellschaft her. Daher ist Teamarbeit besser, denn viele neue Aufgaben sind hinzugekommen und können gemeinsam besser bewältigt werden.“ An der Hauptschule gibt es



zwei verpflichtende Ganztagschultage, an denen auch am Nachmittag richtiger Unterricht stattfindet. Alle werden verpflichtet, an den beiden Tagen auch am Mittagessen teilzunehmen, denn das gemeinsame Essen ist ein wichtiger Baustein des Ganztagschulkonzepts. Im Jahr 1996 wurde bereits damit begonnen. „Das Konzept hat uns Recht gegeben“, erklärte Rüdiger Strack. Täglich werden 200 Mittagessen ausgegeben. Allerdings hat die Schule auch erfahren, dass 2,50 Euro pro Mittagessen die Ober-

grenze dessen ist, was viele Familien in wirtschaftlich schwierigen Zeiten aufwenden können. „Schule wird immer teurer“, wurde festgestellt. Das Schulleitungsteam freut sich über die hohe Akzeptanz der Felix-Nussbaum-Schule, denn über 30 % Schülerinnen und Schüler eines Jahrgangs entscheiden sich für diese Schule. Eine gute Bilanz ist auch, dass zwei Drittel aller Schülerinnen und Schüler die 10. Hauptschulklasse besuchen.



## Koalition in Kiel ohne Kultur ?

I.

Monika Griefahn erklärte als Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien im Deutschen Bundestag: „Das Amt des Kulturministers in Schleswig-Holstein darf nicht wegfallen. Es ist sehr bedauerlich, dass bei der Regierungsbildung in Schleswig-Holstein das Amt des Kulturministers abgeschafft wurde. Die Länder pochen unentwegt auf ihre Zuständigkeit in Kulturangelegenheiten und nicht nur die geplante Zusammenführung der Kulturstiftung

von Bund und Ländern scheiterte an solchen Positionen. Nun entzieht sich die neue Koalition jedoch ihrer Verantwortung. Daran kann man sehen, wie ernst sie es mit ihrer Zuständigkeit meint. Das Amt des Kulturministers ist eine unverzichtbare Institution. Die Staatskanzlei, die künftig für Kulturfragen zuständig sein soll, kann nicht ausreichend sein. Sie ersetzt nicht einen Ansprechpartner im Ministerrang, der im Kabinett unabhängig für die Kultur streiten kann.“

II.

„Nachdem die beunruhigende Nachricht aus Kiel zu vernehmen war, dass es in Schleswig-Holstein bald kein Amt des Kulturministers geben sollte, sind die jüngsten Überlegungen nun fast absurd. Kultur nicht einmal mehr in der Staatskanzlei anzusiedeln, sondern stattdessen die ehrenamtliche Minderheitenbeauftragte Caroline Schwarz dafür verantwortlich zu machen, ist ein Desaster.“

Im Vergleich zu den vorherigen Überlegungen ist das eine Verschlimmbesserung. Wenn Kultur nur noch ehrenamtlich stattfindet und dementsprechend auch die finanziellen Mittel gestaltet werden, sehe ich schwarz für die Kultur in Schleswig-Holstein. Ein Hohn, wer da noch vom verfassungsrechtlichen Auftrag der Länder für die Kultur spricht. In solch einer Verfassung ist die Kultur keinen Pfifferling wert!“

## Kultur und Bildung müssen in einer EU-Dienstleistungsrichtlinie geschützt werden

Die Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Kultur und Medien, Monika Griefahn (SPD) hat nach einem Gespräch mit dem Bundesfachausschuss Musik und Medien des Deutschen Musikrates und dem Rundfunkausschuss der Landesmusikräte einen Vorschlag zur Neugestaltung der EU-Dienstleistungsrichtlinie unterbreitet: „Kultur und Bildung müssen in einer EU-Dienstleistungsrichtlinie geschützt werden. Die EU-Dienstleistungsrichtlinie wird dra-

matische Auswirkungen auf den Bildungs- und Kulturbereich haben, wenn diese Bereiche nicht als Dienstleistung besonderer Art gewertet werden. Ich schlage daher vor, bei der Überarbeitung der EU-Dienstleistungsrichtlinie nur die einzubeziehenden Bereiche zu benennen. Dieser Weg ist wesentlich einfacher umzusetzen, als bei den Ausnahmeregelungen den langwierigen Weg der Einzelfallprüfung zu gehen. Ich bin mir mit dem Vorsitzenden des

Bundesfachausschusses Musik und Medien, Dieter Gorny und dem Generalsekretär des Deutschen Musikrates Christian Höppner einig, dass wir die kulturelle Vielfalt in unserer föderalen Republik nur bewahren können, wenn Bildung und Kultur als Dienstleistung besonderer Art bewertet werden. In diesem Sinne bedarf die Identitätsstiftende Wirkung von Bildung und Kultur des besonderen Schutzes auf nationaler Ebene. Der öffentlich-rechtliche Rund-

funk und das Fernsehen haben hier in der Wahrnehmung ihres Sendeauftrages eine besondere Verantwortung.“ Der Meinungsaustausch mit Monika Griefahn fand im Rahmen der medienpolitischen Tagung, die vom Landesmusikrat Nordrhein-Westfalen in Zusammenarbeit mit der Landesanstalt für Medien NRW und dem Deutschen Musikrat veranstaltet wurde, statt.

## Papstwahl ratz-fatz – Der neue Papst ist der alte Papst

Monika Griefahn Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien gratuliert dem neuen Papst Benedikt XVI. herzlich zu seiner Wahl: „De facto ist der neue Papst der alte, denn er hat mindestens die letzten 5 Jahre die Geschäfte des alten Papstes geführt und wesentlich

zu den Entscheidungen beigetragen – so das ökumenische Abendmahl beim ökumenischen Kirchentag zu verbieten, den Professoren Küng und Drewerman die Lehrbefugnis zu entziehen, etc... Ich hoffe sehr, dass dennoch der neue Papst das Vertrauen, das er durch die sehr schnelle Wahl bekommen hat, nutzt, die

katholische Kirche auch in Reformen zu führen und die Initiativen der 'Kirche von unten' sowie der Befreiungstheologen aufgreift. Ebenso geht es darum, die Gleichberechtigung von Frau und Mann auch in der katholischen Kirche zu vollziehen, sei es in der Priesterweihe von Frauen oder bei der Aufhebung des Ehever-

bots. Um die Bindung von Menschen an die Institution Kirche zu erhalten, muss sich auch das Oberhaupt der katholischen Kirche gesellschaftspolitischen Realitäten stellen, so wie er das dankenswerter Weise ja auch in seiner Ablehnung gegen den Irakkrieg getan hat!“

## Aktuelle Termine

Datum	Zeit	Thema	Ort
28.4.	10:00	Gespräch mit der Leitung der Agentur für Arbeit Lüneburg	Lüneburg
28.4.	13:30-14:30	Besuch von Monika Griefahn bei dem Bauunternehmen Rübke-Bau in Walsrode mit Vorstellung eines umweltfreundlichen Hauses	Walsrode
28.4.	14:45-16:00	Besuch des Tierheims Hodenhagen	Hodenhagen
28.4.	17:00-18:00	Telefonsprechstunde für den Landkreis Soltau-Fallingbostal unter der Wahlkreisrufnummer 05195-5050	
29.4.	9:00-10:20	Informationsgespräch mit Monika Griefahn, MdB, und Dieter Möhrmann, MdL, im Schullandheim	Schullandheim Schneverdingen
29.4.	10:25-12:05	gemeinsam mit der Europaabgeordneten Erika Mann diskutiert Monika Griefahn in der KGS Schneverdingen europäische Themen	KGS Schneverdingen
29.4.	13:30 - 17:00	Pressegespräch und Betriebsbesichtigung mit Erika Mann MdEP und Monika Griefahn MdB im Landkreis Harburg	
3.5.	19:30	Teilnahme am Mahl der Arbeit des SPD-Unterbezirks Soltau-Fallingbostal, Thema : Änderungen in der Handwerksordnung, mit Hubertus Heil, MdB; Klaus-Jürgen Geselle, Kreishandwerksmeister SFA; Jonas Kuckuk, Berufsverband Unabhängiger Handwerkerinnen & Handwerker	Brauhaus Johannes Albrecht in Soltau
18.5.	10:00	Gespräch mit der Agentur für Arbeit Uelzen	Agentur für Arbeit Soltau

## Politik im Internet: Aktuelle Link-Tipps

Wenn Sie auf die Links klicken, werden die Internetseiten bei bestehender Internetverbindung direkt in Ihrem Browser geöffnet!

Internetadresse	Erläuterung
<a href="http://www.monika-griefahn.de">www.monika-griefahn.de</a>	Internetseite von Monika Griefahn MdB, Tipp: In der Rubrik „Service“ finden sich unter „Linkliste“ rund 1.000 Links, darunter auch 500 Links von Anbietern aus den Landkreisen Harburg und Soltau-Fallingbostal
<a href="http://www.spd.de">www.spd.de</a>	Internetangebot der Bundes-SPD
<a href="http://www.spd-niedersachsen.de">www.spd-niedersachsen.de</a>	Internetangebot der Landes-SPD
<a href="http://www.spdfraktion.de">www.spdfraktion.de</a>	Internetangebot der SPD-Bundestagsfraktion mit den aktuellen Topthemen Zeit für Innovationen, Ausbildungsumlage, Bekämpfung der Schwarzarbeit, Jugendliche vor Alcopops schützen, EU-Erweiterung und Agenda 2010
<a href="http://www.spd-landesgruppe-niedersachsen.de">www.spd-landesgruppe-niedersachsen.de</a>	Die SPD-Landesgruppe: die Internetseite der 31 niedersächsischen SPD-Bundestagsabgeordneten in der SPD-Bundestagsfraktion
<a href="http://www.arbeitsmarktreform.spd.de">www.arbeitsmarktreform.spd.de</a>	Informationen zu Hartz IV und zu den Arbeitsmarktreformen von der SPD

### Deutscher Bundestag

Mitarbeiter: Dirk Beusch, Renate Mantzke  
 Platz der Republik, 11011 Berlin  
 Bürogebäude: Paul-Löbe-Haus  
 Tel: (030) 227-72425 / 26  
 Fax: (030) 227-70125  
 Email: [monika.griefahn@bundestag.de](mailto:monika.griefahn@bundestag.de)

### Bürgerbüro Lkr. Harburg

Mitarbeiter: Matthias Westermann  
 Brauhofstraße 1,  
 21423 Winsen/Luhe  
 Tel: (04171) 780171  
 Fax: (04171) 780172  
 Email: [monika.griefahn@wk.bundestag.de](mailto:monika.griefahn@wk.bundestag.de)

### Büro Lkr. Soltau-Fallingbostal

Mitarbeiterin: Gunda Ströbele  
 Uppen Drohm 19,  
 29643 Neuenkirchen  
 Tel: (05195) 5050  
 Fax: (05195) 5052  
 Email: [sfa@monika-griefahn.de](mailto:sfa@monika-griefahn.de)